



Stadt Großalmerode

05.05.2023

Haupt- und Finanzausschuss

ÖFFENTLICHE - NIEDERSCHRIFT

zur Sitzung Nr. 2/2023 des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, 04.05.2023, 19:00 Uhr bis 22:05 Uhr
im großen Saal des Dorfgemeinschaftshauses Epterode, Repsch 10, 37247 Großalmerode

Anwesenheiten

Vorsitz:

Marbach, Mischa (WG)

Mitglieder:

Dr. Ahlborn, Detlef (WG)

(19:00 - 21:55 Uhr)

De Sciscio, Nicola (SPD)

vertritt Herr Oliver Bolte (SPD)

Krauß, Stefan (CDU)

Bittner, Ralf (WG)

Möller, Marleen (WG)

Pflüger, André (SPD)

vertritt Frau Daniela Roth (SPD)

Schmuck, Hanna (SPD)

Studenroth, Kurt (SPD)

Weitere Anwesende

Anacker, Frank (WG)

Pfarr, Volker (CDU)

Prauß, Steffen (SPD)

Range, Uwe (WG)

Thomsen, Finn

Gundlach, Georg

Schriftführer:

Höhre, Patrick

Entschuldigt fehlten:

Bolte, Oliver (SPD)

Roth, Daniela (SPD)

Söder, Michael (WG)

Möller, Ullrich

Alt, Magnus

Gundlach, Karl Heinz

Liese, Marcus

Lorenz, Mario

Prauß, Alexander

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Informationen zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen (MI-16/2023)
2. Beratung und Beschlussfassung über den Aufstellungsbeschluss über die 10. Änderung des Flächennutzungsplans und den Bebauungsplan Nr. 7 OT Laudenbach „Solarpark Laudenbach“ (VL-72/2023)
3. Beratung und Beschlussfassung der strategischen Ziele und TOP-Kennzahlen 2024 (VL-59/2023)
4. Controllingbericht IV/2022 (VL-42/2023)
5. Bericht zur Überprüfung der Abrechnung der AWO zu den Kinderbetreuungseinrichtungen (MI-14/2023)
6. Beratung und Beschlussfassung über die Einrichtung eines Bürgerbüros in den Räumlichkeiten Berliner Straße 1 (VL-73/2023)
7. Wahl der Schöffen für die Zeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2028 (VL-58/2023)
8. Beratung und Wahl einer Schiedsperson sowie einer stellvertretenden Schiedsperson (VL-74/2023)
9. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema "Digitale Ultraschallwasserzähler" (VL-56/2023)
10. Beitritt der Initiative - "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" (VL-62/2023)
11. Verschiedenes
 - 11.1 Radwegekonzept
 - 11.2 Umgehungsstrecke B 451
 - 11.3 Pflicht zur Installation von PV-Anlagen und Zisternen in Bebauungsplänen
 - 11.4 Sachstand Fördermittel Panoramabad

Sitzungsverlauf

Herr Ausschussvorsitzender Marbach eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 19:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

öffentliche Sitzung

1. Informationen zu Photovoltaik-Freiflächenanlagen

MI-16/2023

Herr Bürgermeister Thomsen berichtet, dass vor ca. 1 Jahr eine Onlineinformationsveranstaltung durch die LandesEnergieAgentur (LEA) durchgeführt wurde. Er geht kurz auf die in der Anlage beigefügte Präsentation ein und betont die Folie 14 mit den dort aufgeführten Rollen, Aufgaben Wertschöpfungsmöglichkeiten und Prognosen zu potenziellen Einnahmen. Hinsichtlich der „aktiven Gestaltung“ bietet die LEA eine kostenlose Beratung an. Indes müssten für die Umsetzung eines solchen Projektes die Grundstückseigentümer mitspielen.

Herr Bürgermeister Thomsen bittet die Fraktionen um eine Stellungnahme, wie diese grundsätzlich über PV-Freiflächenanlagen denken.

Herr Fraktionsvorsitzender Pforr möchte zunächst wissen, wer der Gewerbesteuerzahler ist – Grundstückseigentümer oder der Betreiber der Anlage.

Herr Bürgermeister Thomsen erklärt, dass der Steuerschuldner der Betrieb und nicht der Grundstückseigentümer ist. Ferner ist die Gewerbesteuer überwiegend dort zu entrichten, wo der Standort der Anlage ist. Der Betriebssitz ist nachrangig.

Herr Fraktionsvorsitzender Prauß schlägt vor, dass zunächst eine Beratung durch die LEA erfolgen sollte und erst im Nachgang sich die Gremien mit dieser Thematik befassen sollten.

Herr Bürgermeister Thomsen schlägt die Bildung eines Expertengremiums, ähnlich wie bei dem Breitbandausbau, vor. Er möchte zunächst nur wissen, ob eine grundsätzliche Bereitschaft vorhanden ist, sich mit dem Themenfeld PV-Freiflächenanlagen zu beschäftigen.

Alle Fraktionen sprechen sich für eine genauere Prüfung und Beratung aus.

Herr Ausschussvorsitzender Marbach schlägt eine unmittelbare Beschlussfassung zu dieser Thematik vor.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Bildung eines Expertengremiums und die Nutzung einer kostenlosen Beratung durch die LandesEnergieAgentur (LEA) GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

2. Beratung und Beschlussfassung über den Aufstellungsbeschluss über die 10. Änderung des Flächennutzungsplans und den Bebauungsplan Nr. 7 OT Laudenbach „Solarpark Laudenbach“

VL-72/2023

Herr Bürgermeister Thomsen erläutert, dass der Tagesordnungspunkt 2 nun ein konkreter Einzelfall ist, der in unmittelbaren Kontext zu dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt steht.

Er beantragt, dass das Projekt durch die BLG Project GmbH (BLG) vorgestellt wird, da diese auch für die Umsetzung des Projektes „Solarpark Laudenbach“ verantwortlich wäre.

Herr Ausschussvorsitzender Marbach lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss gestattet der BLG Project GmbH einen Vortrag über den „Solarpark Laudenbach“ in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu halten.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

Die BLG trägt insbesondere zur Firmengeschichte, Energiewende, kommunalen Ausbaubedarf, Genehmigungsverfahren sowie zur etwaigen Projektierung (Umsetzung / Durchführung des Projektes) vor. Zu den einzelnen Punkten wird regelmäßig ein unmittelbarer Bezug zu Großalmerode hergestellt – z.B. PV-Flächenbedarf BRD wird auf Großalmerode heruntergebrochen.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Krauß merkt an, dass dem OB Laudenbach noch keine Visualisierung zur Verfügung gestellt wurde. Ferner möchte er wissen, ob bzw. wie die Sonnenreflektion berücksichtigt wird.

Die BLG erläutert, dass im Falle einer Projektierung ein Blendgutachten erstellt wird. Hierbei erfolgt keine Visualisierung oder Test, sondern die Reflektion wird physikalisch berechnet. Die Beauftragung eines Blendgutachtens im Vorfeld macht aus Firmensicht keinen Sinn, da ggf. ein solches Projekt grundsätzlich abgelehnt wird. Die Visualisierung wurde erst heute erstellt und wird der Stadt kurzfristig übersendet.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Dr. Ahlborn zeigt sich verwundert über die Darstellung einiger Fakten im Vortrag sowie einiger Begründungsansätze (CO₂-Einsparungen / Energieunabhängigkeit Russland / Überschwemmungen) in der Anlage zur Beschlussvorlage und widerlegt diese mit Gegenargumenten. Weiterhin führt er aus, dass die gegenwärtigen Stromnetze bei 80 GW ausgelastet sind und folglich die geplante Einspeisung von bis zu 500 GW technisch nicht möglich ist.

Er würde ein regionales Nutzungskonzept begrüßen und unterstützenden. Indes lehnt er Konzepte ab, die nahezu ausschließlich auf monetären Aspekten basieren.

Herr Bürgermeister Thomsen erklärt, dass lediglich die Beschlussvorlage (Seite 1 – 4) durch die Verwaltung geschrieben und die beigefügte Anlage durch ein Büro erstellt wurde, dass der potenzielle Investor beauftragt und bezahlt hat.

Die angesprochene Visualisierung erhält der OB Laudenbach zeitnah.

Er betont, dass durch den Aufstellungsbeschluss keine Rechtsansprüche entstehen und die Entscheidungsbefugnis für ein solches Projekt weiterhin der Stadtverordnetenversammlung obliegt. Indes muss geklärt werden, wie sich die Stadt grundsätzlich positionieren möchte.

In der Vergangenheit gab es nur wenige Investoren und aus diesem Grund sollte man die Chance auf Partizipation in Erwägung ziehen, da sonst potenzielle Investoren in anderen Kommunen investieren – wie das Beispiel Windpark „Hausfirse“ zeigt. Hier hat man sich gegen eine Beteiligung ausgesprochen bzw. es wurde erfolglos versucht den Bau des Windparks zu verhindern, mit der Folge, dass der Windpark zwar trotzdem gebaut wurde, aber nur minimale Erlöse und keine Gewerbesteuererträge erzielt werden.

Der Magistrat spricht sich für eine Vertagung der Beschlussfassung aus, solange der OB Laudenbach diese Thematik nicht abschließend beraten und eine Stellungnahme abgegeben hat.

Herr Fraktionsvorsitzende Range bittet die BLG den aufgezeigten Flächenvergleich zwischen BRD und Großalmerode zu präzisieren, da er die Übertragbarkeit auf unterschiedliche Regionen für schwierig hält.

Die BLG führt aus, dass der aufgezeigte Flächenvergleich und der errechnete Flächenbedarf nicht auf alle Regionen übertragen werden können, da insbesondere in Großstädten keine entsprechenden Flächen zur Verfügung stehen.

Herr Fraktionsvorsitzende Prauß erkundigt sich nach etwaigen Brandschutzbesonderheiten und erforderlichen Lehrgängen für die Feuerwehren.

Die BLG erläutert, dass die Anlage per se schwer brennbar ist, da sie überwiegend aus Aluminium, Stahl, Kupfer (Leitungen) sowie Silicium besteht. Lediglich Trafo oder Wechselrichter könnten bei Schäden oder Überlastung einen Brand entfachen. In Hessen sind für PV-Freiflächenanlagen keine gesonderten Brandschutzkonzepte erforderlich – in anderen Bundesländern indes schon.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Krauß möchte folgende Fragen geklärt haben:

1. Wie ist die BLG auf den Standort Laudenbach gekommen?
2. Wie sieht der SOP (Standard Operating Procedure = Standardvorgehensweise) für ein solches Projekt aus?
3. Wann wird das Blendgutachten erstellt?

Die BLG beantwortet die Fragen:

1. Ein Landwirt und Eigentümer hat der BLG die Flächen angeboten.
2. Für Planung, Genehmigung bis Bau der Anlagen wird von ca. 1, 5 Jahren ausgegangen. Folglich könnte die Anlage in Laudenbach im Jahr 2025 gebaut werden.
3. Ein Blendgutachten wird erst nach dem Aufstellungsbeschluss beauftragt, um etwas mehr Planungssicherheit zu haben (keine grundsätzliche Ablehnung).

Herr Fraktionsvorsitzender Range unterstützt den Vorschlag des Magistrates auf Vertagung. Er wirft folgende Fragen auf:

1. Welche Auswirkungen hat eine solche Anlage auf die Flora und Fauna bzw. welche rechtlichen Auswirkungen sind mit der Errichtung verbunden (Ausgleichsmaßnahmen)?
2. Sind vergünstigte Stromangebote für Anwohner und Firmen angedacht / möglich (Kompensation / Entschädigung)?
3. Werden alle Informationen den Gremien (vor Entscheidungsfindung) sowie den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht?
4. Wie verhält es sich mit der Zahlung der Gewerbesteuer?
5. Welche Einspeisemöglichkeiten gibt es?

Die BLG beantwortet die Fragen:

1. Es kann ein Biologe beauftragt werden, der prüft ob es schützenswerte Arte vor Ort gibt. Ggf. werden Ausgleichsflächen geschaffen.
2. Abhängig von der Größe der Anlage (ab 10 Hektar) gibt es unterschiedliche Modelle, z.B. vergünstigte Stromtarife, Bereitstellung von Kapital oder Kindergartensponsoring.
3. Es werden alle Unterlagen / technische Unterlagen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht. Ferner können die städtischen Gremien an 3 Stellen im Genehmigungsprozess den Bau einer solchen PV-Freiflächenanlage verhindern.
4. Mit Bau einer PV-Freiflächenanlage wird eine ortsansässige Betreibergesellschaft gegründet, um die Gewerbesteuereinnahmen für die betroffene Kommune zu sichern. Zudem muss für die bebaute Fläche die Grundsteuer B (zusätzliche Steigerung der Einnahmen) entrichtet werden.
5. Grundsätzlich ist eine Einspeisung möglich. Die BLG befindet sich im Austausch mit den Stadtwerken. Das „Wie“ und „Wo“ ist derzeit noch offen.

Herr Fraktionsvorsitzender Pforr spricht sich für den Aufstellungsbeschluss aus. Er merkt an, dass im Rahmen des A44-Baus zukünftig auch PV-Freiflächenanlagen geplant werden und folglich diese Flächen bzw. die angrenzenden Kommunen in Konkurrenz zu Großalmerode stehen. Ungeachtet dessen müssen die offenen Frage geklärt werden.

Herr Fraktionsvorsitzender Prauß pflichtet seinem Vorredner bei und betont, dass die Beteiligung der Bürgerschaft wichtig ist und man ggf. eine Bürgerversammlung zu dieser Thematik veranstalten sollte, um das Stimmungsbild zu erfassen. Auch er spricht sich für eine Vertagung aus.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Dr. Ahlborn sieht die kommunale Beteiligung an einem solchen Projekt kritisch – finanzielles Risiko (Ausnahme: Stadtwerke, Nahverkehr). Er schlägt eine interfraktionelle Sitzung vor.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt

der Stadtverordnetenversammlung die Vertagung über den Aufstellungsbeschluss über die 10. Änderung des Flächennutzungsplans und den Bebauungsplan Nr. 7 OT Laudenbach „Solarpark Laudenbach“ bis die offenen Fragen geklärt und der Ortsbeirat Laudenbach angehört wurde.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

3. Beratung und Beschlussfassung der strategischen Ziele und TOP-Kennzahlen 2024 VL-59/2023

Herr Bürgermeister Thomsen erläutert anhand der Beschlussvorlage die strategischen Ziele und TOP-Kennzahlen.

Aus dem Gremium gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in dem Workshop „Strategische Ziele 2024“ vom 16.03.2023 erarbeiteten strategischen Ziele, TOP-Kennzahlen sowie die Änderungen in der SWOT-Analyse für das Jahr 2024 in Form der Anlage zu dieser Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

4. Controllingbericht IV/2022 VL-42/2023

Herr Bürgermeister Thomsen erläutert den Controllingbericht IV/2022. Er betont, dass der angestrebte Bevölkerungszuwachs aufgrund des negativen natürlichen Saldos (Sterberate höher als Geburtenrate) deutlich verfehlt wurde. Da dieser Umstand mehr oder weniger auf alle Jahre seit der Zieleinführung zutrifft, hat sich auch das Delta zwischen SOLL und IST deutlich vergrößert. Aus diesem Grund wurden das strategische Ziel und die dazugehörige TOP-Kennzahl für das Jahr 2024 angepasst.

Das angestrebte Ziel in der U3-Betreuung konnte nicht erfüllt werden, weil der Kindergartenanbau in Rommerode noch aussteht. Die fehlende Betreuungskapazität wird derzeit aber auch nicht nachgefragt.

Im Bereich Stadtmarketing wurde ein Mitarbeiter eingestellt. Ein Slogan „gemeinsam Großalmerode“ wurde eingeführt und wird nun auf verschiedenste Bereiche ausgeweitet (z.B. einheitliche Dokumentenlandschaft).

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Krauß erkundigt sich, warum nachfolgende Produktziele nicht erreicht wurden:

1. Öffentliche Sicherheit und Ordnung – Einleitung Verwaltungsverfahren
2. Ruhender und fließender Verkehr – Verwarnungen fließender Verkehr
3. Forstwirtschaft – Erträge decken min. Aufwendungen

Herr Bürgermeister Thomsen erörtert das Nichterreichen:

1. Es konnten nicht mehr Verwaltungsverfahren eingeleitet werden, weil die Bürgerinnen und Bürger einer entsprechenden Aufforderung nachgekommen sind und folglich kein Anlass für die Einleitung eines Verwaltungsverfahrens vorlag.
2. Im Ordnungsbehördenbezirk musste ein neues Messfahrzeug beschafft werden. Folglich war ein Einsatz nicht vollumfänglich möglich. Das neue Fahrzeug steht mittlerweile aber zur Verfügung.
3. Aufgrund personeller Umstrukturierungen haben Hessenmobil und Hessenforst ihre Begehungen im Bereich der Bundes- und Landstraßen intensiviert und arbeiten nun die Rückstände der letzten Jahre auf (Verkehrssicherungspflichten). So wurden umfangreiche Maßnahmen in Weißenbach und am Premiumweg Weißenbach durchgeführt. Zudem kann das Produkt Forstwirtschaft nur sehr eingeschränkt einer jährlichen Betrachtung unterzogen werden. Sinnvoller ist eine Betrachtung in Jahrzehnten.
Gegenwärtig ist eine Aufforstung notwendig, die sich mitunter schwierig gestaltet (bspw. Rotwildverbiss in Uengsterode). Aus diesem Grund findet am Mittwoch, den 10.05.2023 im DGH Uengsterode ab 18:00 Uhr eine Konferenz mit Hessenforst, Jagdgenossenschaften und Aufsichtsbehörden statt. Folglich müssen auch andere Flächen (Fahrbachtal, Rommerode) als der Schwarzenberg aufgeforstet werden. Allerdings findet auch dieses Jahr das Einheitsbuddeln am 03. Oktober wieder im Bereich des Schwarzenbergs statt, da dieses mit der Gedenkfeier für den verstorbenen Stadtverordneten Vincent Koch verbunden werden soll.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Controllingbericht Q4-2022 (zugleich Bericht gem. § 28 GemHVO) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

5. Bericht zur Überprüfung der Abrechnung der AWO zu den Kinderbetreuungseinrichtungen

MI-14/2023

Herr Bürgermeister Thomsen erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Krauß moniert, dass in der Vergangenheit keine buchhalterische Prüfung der AWO durch die Gremien, sondern eine inhaltliche Prüfung angestrebt wurde. Insbesondere einige vertragliche Punkte wie der „Technische Dienst“ oder die Beschaffung von Betriebsmitteln und Einrichtungsgegenständen sollten überprüft werden. So werden für den Technischen Dienst 2,89 Stellen und Leasingkosten für ein Fahrzeug mit insgesamt 86.000 € veranschlagt. Ggf. könnte es wirtschaftlicher sein eigenes Personal im Bauhof für diese Aufgaben vorzuhalten.

Aus diesem Grund ist eine Vertragseinsicht erforderlich.

Herr Ausschussvorsitzender Marbach hält auch eine buchhalterische Prüfung für sinnvoll, wie die Vergangenheit belegt (Mehraufwendungen für die Stadt aufgrund einer Fehlkalkulation durch die AWO).

Herr Bürgermeister Thomsen erörtert, dass für eine eingehende Bewertung der Kostenstruktur der AWO und einer etwaigen Verlagerung von Personal eine Wirtschaftlichkeitsanalyse erfolgen müsste. Die buchhalterische Prüfung ist zielführend, weil die Vorausplanung der AWO begutachtet werden muss. Bei einer Querschnittsprüfung des Hessischen Rechnungshofes hat Großalmerode in der Vergleichsgruppe den niedrigsten Zuschussbedarf, was auf eine entsprechende Wirtschaftlichkeit hinweist.

Die ehrenamtliche Prüfung ist begrenzt, weitere Prüfaufträge wären voraussichtlich kostenpflichtig.

6. Beratung und Beschlussfassung über die Einrichtung eines Bürgerbüros in den Räumlichkeiten Berliner Straße 1

VL-73/2023

Herr Fraktionsvorsitzende Range verlässt aufgrund § 25 HGO (Interessenwiderstreit) von 20:45 Uhr bis 21:15 Uhr für die Beratung und Beschlussfassung den Sitzungssaal.

Herr Ausschussvorsitzender Marbach verweist auf die Ergänzung zur Beschlussvorlage.

Herr Bürgermeister Thomsen erörtert anhand der Beschlussvorlage die Notwendigkeit der Anmietung. Er verweist insbesondere auf die Barrierefreiheit, den erhöhten Raumbedarf durch mehr Teilzeitbeschäftigte sowie der Übernahme neuer bzw. der Ausweitung von Aufgaben (z.B. Planungsleistungen Bauamt). Im Nachgang des letzten Gesprächstermins am Freitag, den 28.04.2023 erfolgte ein Telefonat mit der VR Bank, in diesem wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass der Vorstand der VR Bank mit dem angebotenen Mietzins unzufrieden ist. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus.

Die Verwaltung hält den angebotenen Mietzins in Höhe von 5 € / m² für angemessen.

Die Alternativen – Ratskeller und OG Bauhof – zu den Räumlichkeiten der VR Bank (ca. 200 m²) gestalten sich schwierig, da diese verpachtet sind bzw. anderweitig genutzt werden und zudem mit erheblichen Umbaumaßnahmen verbunden wären.

Herr Bürgermeister Thomsen ergänzt, dass die Kündigungsfrist Marktplatz 18 (Bürgerinfo) 6 Monate beträgt und eine zeitnahe Beschlussfassung erforderlich ist, wenn ein Umzug zum Jahreswechsel realisiert werden soll.

Herr stellv. Ausschussvorsitzender Krauß wünscht, dass die Indexmiete nach 5 Jahren erneut auf 5 Jahre festgeschrieben wird.

Nach eingehender Diskussion über die Mietmodalitäten und die Vertragsgestaltung verständigt sich der Haupt- und Finanzausschuss auf u.a. Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss kann aufgrund der unklaren Details bzgl. Miete / Indexmiete keine Empfehlung abgeben.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

7. Wahl der Schöffen für die Zeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2028

VL-58/2023

Herr Fraktionsvorsitzende Range betritt um 21:15 Uhr den Sitzungssaal und nimmt an der nachfolgenden Beratung und Beschlussfassung teil.

Die Stadtverordneten Bittner und De Sciscio verlassen aufgrund § 25 HGO (Interessenwiderstreit) von 21:15 Uhr bis 21:21 Uhr für die Beratung und Beschlussfassung den Sitzungssaal.

Herr Bürgermeister Thomsen erläutert anhand der Beschlussvorlage die Schöffenwahl. Er stellt den Antrag drei weitere Bewerber*in in die Vorschlagsliste aufzunehmen:

1. Vock, Benno
2. Knopp, Astrid
3. Gundlach, Jürgen

Dem Antrag wird einvernehmlich zugestimmt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig gemäß § 55 Abs. 2 HGO, dass folgende Personen in der Reihenfolge des Posteingangs in die Vorschlagsliste der Schöffen bei den Gerichten für die Zeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2028 aufzunehmen sind:

Nr.	Name	Vorname	Eingang
1	Nickel	Sabine	20.03.2023
2	Weymar	Jörg	31.03.2023
3	De Sciscio	Jutta	01.04.2023
4	Lohrmann	Julia	04.04.2023
5	Stache	Jürgen	12.04.2023
6	Friedrich	Silvia	13.04.2023
7	Seitz	Volker	21.04.2023
8	Marzi	Ralf	26.04.2023
9	Nier	Manuela	26.04.2023
10	Bittner	Ralf	26.04.2023
11	Vock	Benno	27.04.2023
12	Knopp	Astrid	27.04.2023
13	Gundlach	Jürgen	27.04.2023

Vorbereitung der o. g. Liste erfolgte in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

8. Beratung und Wahl einer Schiedsperson sowie einer stellvertretenden Schiedsperson

VL-74/2023

Die Stadtverordneten Bittner und De Sciscio betreten um 21:21 Uhr den Sitzungssaal und nehmen an der nachfolgenden Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Anacker und Herr Fraktionsvorsitzender Range verlassen aufgrund § 25 HGO (Interessenwiderstreit) von 21:21 Uhr bis 21:26 Uhr für die Beratung und Beschlussfassung den Sitzungssaal.

Herr Bürgermeister Thomsen erörtert die Wahl der Schiedspersonen. Es liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen vor.

Aus dem Gremium gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgende Beschlussfassung:

a.) Die Stadtverordnetenversammlung wählt in offener Abstimmung aufgrund des gemeinsamen Wahlvorschlags aller Fraktionen

Herrn Frank Anacker zur Schiedsperson
für die Amtsperiode vom 11.06.2023 – 10.06.2028

b.) Die Stadtverordnetenversammlung wählt in offener Abstimmung aufgrund des gemeinsamen Wahlvorschlags aller Fraktionen

Herrn Uwe Range zur stellv. Schiedsperson

für die Amtsperiode vom 11.06.2023 – 10.06.2028

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

9. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion VL-56/2023 zum Thema "Digitale Ultraschallwasserzähler"

Herr Stadtverordnetenvorsteher Anacker und Herr Fraktionsvorsitzender Range betreten um 21:26 Uhr den Sitzungssaal und nehmen an der nachfolgenden Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr Bürgermeister Thomsen bitte die SPD-Fraktion ihren Antrag zu erläutern.

Herr Stadtverordnete De Sciscio erläutert die wesentlichen Vorteile von Ultraschallwasserzählern:

- Einfache Ablesung und Ablesekarten werden überflüssig
- Keine Fehlmeldungen durch Ablesefehler
- Verringerung der Ablesezeit
- Erfassung von Schleichmengen
- Anzeige von Unregelmäßigkeiten
- Abhörung des Netzes, vereinfachte Lokalisierung von Rohrbrüchen und Lecks
- Laufzeitverlängerung durch Stichproben aus einer Charge

Herr Fraktionsvorsitzender Pforr erkundigt sich nach den Kosten, da aus seiner Sicht eine kostenneutrale Umstellung nicht möglich ist. Zudem hält er einen Austausch aller Zähler in einem Zug für unzweckmäßig, da dies aus Kosten- und Kapazitätsgründen (Personal) nicht realisierbar ist.

Herr Stadtverordnete De Sciscio beziffert die Kosten zwischen 80 € bis 90 € pro Zähler.

Herr Fraktionsvorsitzender Prauß merkt an, dass die SPD aus o.a. Gründen einen Änderungsantrag hinsichtlich des Austauschs formulieren würde und entsprechend einen turnusmäßigen Austausch vorschlägt.

Nach einer intensiven Diskussion über Beschaffungskosten, Austauschmodalitäten, Parallelbetrieb von herkömmlichen und Ultraschallwasserzählern sowie Datenschutzfragen verständigt sich der Haupt- und Finanzausschuss auf eine Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt

der Stadtverordnetenversammlung die Vertagung des Tagesordnungspunktes zum nächstmöglichen Termin, bis die offenen Fragen geklärt sind.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	0	0

10. Beitritt der Initiative - "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" VL-62/2023

Herr Bürgermeister Thomsen erläutert anhand der Beschlussvorlage die Initiative.

Nach einer kurzen Diskussion erfolgt die Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Die Stadt Großalmerode schließt sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	8	0	1

11. Verschiedenes

11.1 Radwegekonzept

Herr Fraktionsvorsitzender Pforr erkundigt sich nach dem Radwegekonzept.

Herr Bürgermeister Thomsen berichtet, dass das Konzept aktuell dem Kreistag vorliegt.

11.2 Umgehungsstrecke B 451

Herr Fraktionsvorsitzender Pforr berichtet, dass die B451 Richtung Trubenhagen mit Pflöcken markiert wurde. Er möchte wissen, ob dies mit einer Umgehungsstrecke zusammenhängt.

Herr Bürgermeister Thomsen erklärt, dass er keine Kenntnis über die Bedeutung der Pflöcke hat und auch nicht weiß wer diese aufgestellt hat.

Er berichtet, dass die offizielle Umleitung während der Sperrung der B451 zwischen Wickenrode und Pfaffenberg über die L3238 – Uengsterode – Laudенbach – Velmeden – AS Hessisch Lichtenau-Ost erfolgt. Der PKW-Verkehr kann zusätzlich auch die Umgehung über die Ringkuhle (Wickenrode) nutzen – für LKWs ist diese gesperrt.

11.3 Pflicht zur Installation von PV-Anlagen und Zisternen in Bebauungsplänen

Herr Fraktionsvorsitzender Pforr berichtet, dass in einigen Kommunen die Installation von PV-Anlagen und Zisternen in den B-Plänen festgelegt sei. Er möchte wissen, ob eine solche Änderung auch in Großalmerode angedacht bzw. vorgesehen ist.

Herr Bürgermeister Thomsen erörtert, dass keine Änderungen der B-Pläne vorgesehen sind, da dies mit 5-stelligen Beträgen verbunden ist (Kosten-Nutzen-Abwägung). Ggf. könnte bei neuen B-Plänen über eine solche Regelung nachgedacht werden.

11.4 Sachstand Fördermittel Panoramabad

Frau Stadtverordnete Möller erkundigt sich nach dem Sachstand der Fördermittel des Panoramabades.

Herr Bürgermeister Thomsen erklärt, dass bisher Fördermittel insgesamt in Höhe von 1.770.000 € zur Verfügung stehen (770.000 € Bundesförderung und 1.000.000 € Landesförderung). Die Stadt hat einen weiteren Förderantrag gestellt, der aber von dem Haushaltsausschuss des Bundestages nicht berücksichtigt wurde (Es wurde kein Förderantrag aus dem Wahlkreis Hersfeld-Rotenburg / Werra-Meißner berücksichtigt).

Sollte ein erneuter Förderaufruf erfolgen, wird die Stadt wiederholt einen Antrag stellen, um weitere Fördermittel zu akquirieren

Ferner wurde im Rahmen Neujahresempfangs des Bündnis 90 / Die Grünen im Rathaussaal der Stadt Großalmerode der stellvertretende Ministerpräsident Tarek Al-Wazir durch Herrn 1. Stadtrat Möller und Herrn Stadtverordnetenvorsteher Anacker um Unterstützung gebeten.

Herr Ausschussvorsitzender Marbach schließt die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 22:05 Uhr und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für ihre Teilnahme.

Großalmerode, 05.05.2023

Ausschussvorsitzender

Mischa Marbach

Schriftführer

Patrick Höhre